

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Das Thema Inklusion begleitet uns ja nun schon seit Jahren und es ist erfreulich, dass dieses Thema immer stärker in den Fokus rückt. Auch dass die Behindertenrechtskonvention mittlerweile gültiges deutsches Recht ist, ist zu begrüßen und auch, dass wir mit dieser Vorlage das Thema auch hier in Gelsenkirchen weiter voranbringen wollen. Jedoch muss man auch hier feststellen, dass das Thema im Bund nicht priorisiert wird.

Hier in Gelsenkirchen passiert in dieser Hinsicht mit und unter den beschränkten Möglichkeiten einer „Stärkungspakt“- Kommune viel Erfreuliches, jedoch liest man in dem gesamten Dossier auch immer wieder Sätze wie „nicht genug Personal“, „keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Umsetzung“, etc. Mit anderen Worten: Würde in Bund und Land das Thema stärker in den Blickpunkt genommen, müsste auch genug Geld für die Umsetzung solcher schönen Dinge vorhanden sein. Davon sind wir jedoch noch Lichtjahre entfernt.

Was man auch feststellen muss, ist, dass viele Dinge, die hier für Menschen mit Behinderung eingefordert - und richtigerweise eingefordert - werden, auch für Menschen ohne Behinderung noch lange keine Normalität sind. Im Gegenteil- in den letzten Jahren hat es auch für diesen Personenkreis massive Rückschritte gegeben oder zumindest hat sich der ohnehin schon nicht erfreuliche Status quo nicht verbessert.

Menschen in Hartz IV können von sozialer Teilhabe nur träumen.

Frauen können nur feststellen, dass sie, trotz angeblicher Gleichberechtigung im Gesetz, deutlich weniger verdienen (22%). Sie sind steuerlich stark benachteiligt und bei der Rente massiv. Renten unter 400 € sind für Frauen keine Seltenheit. Allein während des letzten Wahlkampfes hatte ich drei davon am Stand.

Kulturveranstaltungen sind für viele Menschen nicht erschwinglich, egal, ob mit oder ohne Behinderung.

Mobilität ist für viele Menschen keine Realität mehr. Gerade das nicht ausreichend finanzierte und vielleicht sogar bald -dank der neuen marktradikalen Regierung in NRW- nicht mehr existierende Sozialticket, ist hierfür ein klarer Beleg.

Politische Teilhabe auch für jemanden in Hartz IV bleibt - wie für jemanden mit einer Behinderung- ein frommer Wunsch. Diese Menschen haben nicht die Möglichkeit an einer wichtigen Demo in Berlin oder München teilzunehmen, weil ihnen schlicht die Mittel fehlen.

Auch die Teilnahme an Sportveranstaltungen ist nicht ohne weiteres möglich. Vielleicht ist der Vereinsbeitrag reduziert oder wird auf Antrag erlassen, aber das Geld für die Ausstattung fehlt.

Immer mehr Menschen haben Probleme, wichtige Medikamente zu besorgen, - das Geld reicht nicht.

Gerade junge Menschen und Kinder, die in Armut aufwachsen, fühlen **Exklusion** jeden Tag, ganz direkt!

Auch bei Arbeit und Bildung haben Menschen mit und ohne Behinderung Probleme. Menschen in Hartz IV werden massiv gegängelt. Hartz IV ist ein Angsttreiber, wie gerade die Friedrich- Ebert- Stiftung eindrucksvoll dargelegt hat.

Die Bildungschancen in Deutschland sind immer noch abhängig vom Grad des Wohlstandes im Elternhaus.

Menschen mit und ohne Behinderung haben in diesem Land also gemeinsame Interessen und wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sich an der desaströsen sozialen Situation etwas ändert und steuerpolitisch endlich umgesteuert wird. Denn trotz des „uns- geht- es- gut-Geschwätzes“ geht es vielen Menschen immer weniger gut in diesem Land.

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass endlich wieder Reiche und Großkonzerne beteiligt werden an der Finanzierung all dieser schönen Dinge, die hier mit dieser Vorlage beschlossen werden sollen. Die Umsetzung der Gleichstellung in allen Lebensbereichen seit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland geltendes Recht. Deswegen muss genug Geld für die Umsetzung her, sonst sind diese schönen Vorhaben hier Makulatur.

Abschließend möchte ich hier alle Anwesenden noch einmal daran erinnern, dass das Ende des sog. „Stärkungspaktes“ naht und die Situation sich dadurch finanziell noch weiter verschärfen kann.

Und sollte der Koalitionsvertrag in der jetzigen Form Realität werden, dann bedeutet dies, da Steuererhöhungen für Millionäre und Milliardäre nicht angedacht sind, auch keine anständige Erbschaftssteuer, die große Vermögen endlich wieder angemessen belastet und keine Finanztransaktionssteuer, dass weiter in den Sozialhaushalten Kürzungen vorgenommen werden müssen.

Denn im Koalitionsvertrag hat man sich stillschweigend auf die Erhöhung des Rüstungsetats auf die berüchtigten 2% des BIP verständigt. Das bedeutet, wir erhöhen ab jetzt die Rüstungsausgaben, so dass ab dem Jahr 2024 dann jährlich ca. 75 Milliarden in die Rüstung gesteckt würden. Das wäre fast eine Verdoppelung des jetzigen Etats (jetzt ca. 1,2% des BIP).

Hochrüstung ist extrem teuer und das alles bezahlen Sie, meine Damen und Herren, und die Bürger dieses Landes und dieser Stadt und die Ärmsten der Armen und die Menschen mit Behinderungen vermutlich mit Kürzungen im Sozialhaushalt, sprich mit Kürzungen ihrer Leitungen.

Das alles sollten Sie sich gut überlegen, bevor Sie Rüstungslobbyisten einen Freibrief für Aufrüstung im Bund ausstellen. Alles was hier in Gelsenkirchen an wirklich guten Vorhaben auf den Weg gebracht werden soll -auch mit dieser Vorlage -wird damit unter Umständen im Bund konterkariert. Das alles betrifft Gelsenkirchen somit ganz direkt, das sollte Ihnen bewusst sein!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Bettina Angela Peipe

Es gilt das gesprochene Wort.